

Am Baselbiet interessiert

Zweites Investorentreffen

Liestal. An den zweiten Investorentreffen, die im Rahmen der Wirtschaftsoffensive Baselland durchgeführt wurden, haben rund 100 Personen teilgenommen. Gezeigt wurden ihnen die Standorte Rheinhafen Birsfelden, Salina Raurica und Infrapark Schweizerhalle.

Die Wirtschaftsoffensive Baselland hat bereits das zweite derartige Treffen durchgeführt. Die Beteiligung wird als erfreulich stark taxiert. Regierungsrat Thomas Weber stellte fest, dass es keine Zweifel gebe an der Attraktivität des Wirtschaftstandortes Baselland. Vertreten waren Zielgruppen wie Generalunternehmer und Arealentwickler, Banken, Wirtschaftskanzleien, Revisions- und Treuhandgesellschaften, bedeutende ansässige und interessierte Unternehmen sowie die Handelskammer beider Basel, verschiedene Gemeinden und BaselArea. Neben Volkswirtschaftsdirektor Thomas Weber nahmen auch die Regierungsräte Anton Lauber, Sabine Pogoraro und Isaac Reber am Anlass teil. mv

Neustart mit Feuerbrot

Sportgeschäft eröffnet nach Brandstiftung wieder

Arlesheim. Das Sportgeschäft Scheiwili-Sport feiert am Samstag Wiedereröffnung, nachdem es wegen eines Feuers von Ende Mai vollständig renoviert werden musste. Das Geschäft lockt die Kundschaft mit der aktuellen Herbst- und Wintersportmode, aber auch mit Rauchwürsten, Feuerbrot und Brandlöscher-Bier. Andy Scheiwiller ist der Humor offenbar nicht abhanden gekommen.

Vor drei Monaten wären ihm derartige Spässe wohl im Hals stecken geblieben: Eine Brandstifterin hatte in seinem Sportgeschäft am Arlesheimer Postplatz Feuer gelegt, desgleichen in der nahen Migros und in einer Modeboutique. Sie flüchtete unerkannt. Scheiwiller konnte die beiden Brände in seinem Laden zwar löschen, der Schaden war dennoch immens. Das ganze Geschäft musste saniert werden, sämtliche Bekleidungsstücke taugten wegen des Rauchs nicht mehr für den regulären Verkauf, sagt der Geschäftsführer. Doch Dank seiner Versicherung sei sein Geschäft mit einem blauen Auge davongekommen, sagt Scheiwiller.

Die drei Brände in Arlesheim und weitere in anderen Gemeinden habe eine Frau gelegt, weiß Scheiwiller. Die Baselbieter Staatsanwaltschaft habe ihn und die weiteren Geschädigten bereits vor längerer Zeit über die Festnahme einer um 45 Jahre alten Frau informiert. Bei der Staatsanwaltschaft war gestern zum Stand der Ermittlungen keine Auskunft zu erhalten. ch

Nachricht

Gemeinden akzeptieren neues Gemeindegesetz

Liestal. Der Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) begrüßt grundsätzlich die Änderungen des Gemeindegesetzes, die von einer kantonalen Arbeitsgruppe mit Delegierten des VBLG respektive der Gemeinden erarbeitet wurden und die vom Regierungsrat nun im Rahmen der Teilrevision des Gemeindegesetzes vorschlagen werden. Insbesondere befürwortet wird, dass die Unvereinbarkeitsregelungen für Gemeindeangestellte vereinheitlicht werden; damit werden die Ausnahmeregelungen für Lehrkräfte abgeschafft. Somit gelten für alle Gemeindeangestellten die gleichen Bedingungen. Begrüßt werden auch die vorgesehenen Vereinfachungen und Präzisierungen bei der Einführung der ausserordentlichen Gemeindeorganisation (Einwohnergremium). Wenig Verständnis hat der Gemeindeverband aber dafür, dass Internet-Publikationen von Gemeindeversammlungs- und Einwohnerratsbeschlüssen in einem geschützten Bereich erfolgen sollen.

Ein Eilkredit für die Regio-S-Bahn

Morgen im Landrat: 9,7 Millionen kostet Baselland das Vorprojekt für das Basler Herzstück

Von Thomas Dähler

Liestal. Im aktuellen Investitionsprogramm des Kantons Baselland ist das Basler Herzstück für die Regio-S-Bahn nicht aufgeführt. Dennoch entscheidet der Landrat schon morgen Donnerstag über einen Projektierungskredit von 9,7 Millionen Franken – nachdem bereits der Grossrat des Kantons Basel-Stadt voraussichtlich heute 19,5 Millionen Franken dafür bewilligt.

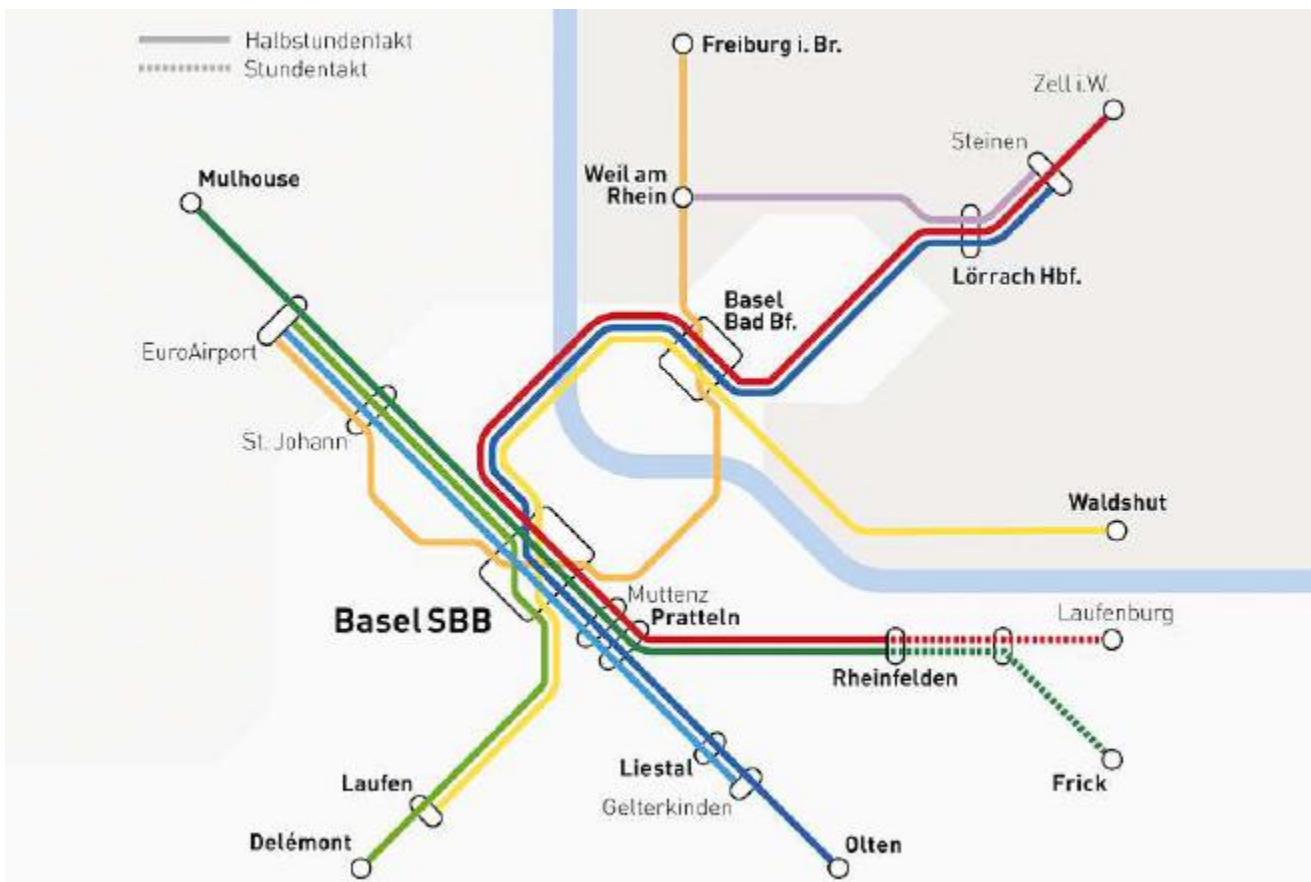
Dass es ein Projekt im Baselbiet trotz zurückhaltender Investitionspolitik in derart kurzer Zeit auf die Traktandenliste schafft, ist vor allem dem Nachbarkanton zu verdanken. Basel-Stadt hat Druck gemacht. Und das Ja der Schweizer Stimmberchtigten zur Eisenbahnvorlage Fabi hat es der Baselbieter Regierung ermöglicht, dem Druck nachzugeben.

Fabi verpflichtet die Kantone ab 2016 zu einem fixen Beitrag an die Bahninfrastruktur. Mit etwa 19 Millionen Franken jährlich liegt der Investitionsbeitrag für Baselland zwar leicht höher als die jährlichen Bahninvestitionen früherer Jahre. Aber er ist fix – selbst für den Fall, dass der Bund ein Zweimilliardenprojekt wie das Herzstück bewilligt. Dies dürfte mit ein Grund sein, dass die vorberatende Kommission dem Landrat die 9,7 Millionen Franken einstimmig zur Annahme empfiehlt – als Vorleistung für das künftige Bauprojekt der Regio-S-Bahn zwischen dem Badischen Bahnhof und dem Bahnhof SBB in der Stadt.

Ringbahn blieb chancenlos

Wer sich im Baselbiet umhört, stellt allerdings nirgends dieselbe Begeisterung für die unterirdische S-Bahn im Nachbarkanton fest wie in der Bau- und Planungskommission des Landrats. Dies liegt daran, dass im Baselbiet einst eine Ringbahn vom Bahnhof SBB via Allschwil/Morgartenring und Hüniger Zoll nach dem Badischen Bahnhof bevorzugt wurde.

Auch der heutige Regierungsrat Isaac Reber hatte seinerzeit im Landrat ergrügt, dass eine Anbindung von Basel Nord nie ernsthaft geprüft wurde. Gescheitert ist dies an den Stadtbehörden. Der Basler Baudirektor Hans-Peter Wessels hat einen Ausbau der Elsässer Bahn stets als «politisch nicht durchsetzbar» bezeichnet. Die von Baselland



Für die Zukunft. Die neue Linie Basel SBB–Basel Badischer Bahnhof könnte zum Kernobjekt der künftigen S-Bahn werden.

durchgesetzte Zweitmeinungsstudie zum Herzstück kommt zwar zum Ergebnis, dass die schlechtere Benotung der Variante Nord in mehreren Punkten «nicht nachvollziehbar» sei, die Herzstück-Variante unter dem Stadtzentrum aber dennoch «die Anforderungen am besten erfüllt».

Im Landrat dürfte das Herzstück deshalb morgen kaum mehr umstritten sein. Zu diskutieren geben dürfte allerdings noch der überraschend frühe Zeitpunkt der Vorlage. Grund dafür ist der Wunsch des Kantons Basel-Stadt, den Bau des Herzstücks vorzuziehen. Die Bundesbehörden wollen das Herzstück erst nach 2030 fertigstellen. Zusammen mit Baselland will Basel-Stadt aber darauf hinwirken, dass das Herzstück bis 2030 realisiert wird. Und eine Chance hat dieses Unterfangen nur, wenn die beiden Kantone noch in diesem Jahr eine Vorleistung für das Teilstück der Regio-S-Bahn ins Feld führen können – quasi den unumstößli-

chen Willen der Region bekunden, die Bahnverbindung zwischen Basel SBB und Basel Badischer Bahnhof unbedingt zu realisieren. Ob allerdings das Ja des Grossen Rats und des Landrats reicht, um die Bundesbehörden umzustimmen, bleibt ungewiss.

Was wird zuerst realisiert?

Bei den Bahnprojekten, die der Bund bis 2030 realisieren will, handelt es sich um die zweite Stufe der Bahninfrastruktur Step. In der Region Nordwestschweiz sind zurzeit in diesem Ausbauschritt der zweite Juradurchstich (Wisenberg-Tunnel), der Ausbau der Laufental-Linie Basel-Delémont sowie der Ausbau der S-Bahn-Linie Pratteln-Rheinfelden vorgesehen. Würde nun das Herzstück der Regio-S-Bahn vorgezogen, könnte der Bund eines der übrigen Projekte im Gegenzug zeitlich später ansetzen.

Davon allerdings ist in der Landratsvorlage der Baselbieter Regierung nichts zu lesen. Dort steht nur der Vor-

wurf an die Bundesbehörden, die Bedeutung des Projekts Herzstück sei «weitgehend nicht erkannt». Und: «Eine gemeinsame Vision für die S-Bahn der Zukunft ist eine wichtige Voraussetzung, um die nötige Akzeptanz» (...) «über die Region hinaus zu erlangen».

Dass die bestehende Bahnverbindung zwischen Basel SBB nach Basel Badischer Bahnhof unzureichend ist, liegt an der heutigen Zufahrt zum Badischen Bahnhof aus östlicher Richtung. Das Herzstück würde Durchmesserlinien der Regio-S-Bahn aus westlicher Richtung via Basel Badischer Bahnhof nach Riehen und ins Wiesental ermöglichen – wenn die deutschen Behörden mitmachen.

Der Landrat wird das Projekt Herzstück zweifellos durchwinken. Alles andere würde dem Kanton Baselland nur neue Probleme mit Basel-Stadt bescheren. In Anbetracht der Wunden, die die Fusionsdebatte hinterlässt, dürfte dies kaum opportun sein.

Zickzackkurs um InterGGA-Preise

Der Chef des Kabelnetzbetreibers musste sich vor dem Gemeinderat Dornach erklären

Von Joël Hoffmann

Dornach. In der Solothurner Gemeinde Dornach sind die Gemeinderatsitzungen öffentlich. Die vergangene vom Montag war besonders spannend: InterGGA-Geschäftsführer Gregor Schmid wurde vom Gemeinderat vorgeladen. Dornach ist eine von 13 Aktionärgemeinden des Kabelnetzbetreibers InterGGA, der seit Tagen mit Negativschlagzeilen von sich reden macht. Die Gemeinderäte waren äusserst besorgt über die Berichte in der BaZ und unsicher, wie der Kabelnetzbetreiber den Providerwechsel bei Internet und Telefonie umsetzen will.

Die InterGGA wechselt dieses Jahr zum neuen Provider Quickline. Das TV-Angebot wurde schon gewechselt. Spätestens am 1. Dezember folgen Internet und Telefonie. Schuld an der Verunsicherung im Versorgungsgebiet hat, wie Schmid am Montag ausführte, der bisherige Provider Improware, der der InterGGA nur gegen Geld die benötigten Kundendaten abgeben wolle. Und ebenfalls schuld sei die BaZ, die Fakten in ihrem Sinne zurechtgegeben habe. Dabei liess Schmid unerwähnt, dass die BaZ nur das publiziert hat, was ihr schriftlich vorliegt, und dass die InterGGA zu den Vorwürfen – Datenklau, Interessenkonflikte, Job-Angebot an Kritik – Stellung nehmen konnte.

Der InterGGA-Geschäftsführer versprach den Politikern zudem das, was die Kunden schon seit Wochen verlangen: Infos, Infos, Infos. Mehrere Konsumenten meldeten sich bisher bei der

BaZ, weil die InterGGA ihnen weder telefonisch noch per Mail auf drängende Fragen antwortete. Den Gemeinderat Dornach vertröstete Schmid auf den 22. September. Dann sollen alle Kunden einen Brief erhalten mit sämtlichen Informationen: Wie muss ich wechseln, welche Angebote gibt es neu und was kostet das alles.

Pikant: Schmid gab nun erstmals zu, dass der Wechsel zu Quickline höhere Preise zur Folge hat. Das günstigste 9.90er-Internet-Abo fällt für Neukunden weg. Das widerspricht dem Gründungszweck der InterGGA, nämlich möglichst viel Leistung für einen möglichst tiefen Preis. Denn: Das günstigste Quickline-Abo kostet 35 Franken im Monat. Das vergleichbare Abo der Improware zehn Franken weniger.

Schmid versprach den Politikern, dass die bestehenden Kunden ihre Abos behalten dürfen. Doch was dieses Versprechen wert ist, muss sich noch zeigen: Erst kürzlich wurde den Gemeinden noch erzählt, dass die günstigen 9.90er-Abos spätestens am 31.12.2016 für alle Kunden der Vergangenheit angehören werden. Jetzt, zwei Wochen später, sagte Schmid in Dornach plötzlich, dass die Abos unbefristet gelten sollen. Ob diese Garantie lange gilt, ist unklar. Vor allem, wenn Schmid ein «aber» anfügt, wonach sich der Markt nun mal wandle.

Gemeinderäte glauben InterGGA

Und seit gestern sind auf der InterGGA-Website neue Preise publiziert worden. Diese sind nun tatsächlich günstiger als die Quickline-Preise in der restlichen Schweiz. Doch auch hierzu steht relativierend auf der Website: «Die Preisstruktur ist gültig bis zur Einführung des interaktiven TVs und weiterer Dienste.» Im Klartext: Kunden sollen zum Wechsel zur InterGGA animiert werden und sich dann mit den allenfalls steigenden Preisen abfinden.

Was wirklich gilt, ist unklar, die InterGGA informiert nächste Woche. Die zentrale Frage hierzu lautet: Wie kann die InterGGA eigentlich die Kunden informieren, wenn sie doch keine Kundendaten hat? Schmid betonte, dass man über die Kunden «sehr genau» Bescheid wisse, da man seit Februar Kundendaten sammle. Wie ein Gemeinderat befürchtete, ist ein Chaos programmiert. Die InterGGA wurde aufgefordert, endlich klar und für alle verständlich zu kommunizieren.

Die Gemeinderäte waren unzufrieden, wie die InterGGA den Providerwechsel aufgegelistet hat. Dass Neukunden nun mehr bezahlen müssen, wurde nicht diskutiert. Der Gemeinderat meint, er sei von der InterGGA abhängig: «Wenn die InterGGA bachab geht, geht unser Kabelnetz bachab.» Der Gemeinderat rügt den Staatbetrieb wie einen Sohn, der eine schlechte Schulnote nach Hause bringt, um ihm dann doch anzubieten, die Sinnhaftigkeit von Glasfaser in Dornach zu prüfen. InterGGA-Chef Schmid stimmt sogleich zu. Das macht für die InterGGA dann die Saphir Group. In dessen Verwaltungsrat sitzt Roger Ballmer, der auch Verwaltungsrat der InterGGA ist.

Petition für italienischsprachige Sender eingereicht

Reinach. Seit Frühling dieses Jahres liefert die Quickline das TV-Angebot ins InterGGA-Gebiet. Mit der neuen Senderliste sind insbesondere die italienischsprachigen Konsumenten unzufrieden. Zahlreiche Kanäle, die bisher frei empfangbar waren, sind nun nur noch gegen Gebühren zu haben. Dagegen gehen die Petenten Michael Baumberger und Patrick Scapelli vor. Sie sammelten 645 Unterschriften von Einwohnerinnen und Einwohnern aus den InterGGA-Gemeinden Reinach, Aesch, Arlesheim und Münchenstein. Die Petition haben sie am Montag den Gemeindevertretern von Reinach,

Arlesheim und Aesch übergeben. Die Petitionsbögen für Münchenstein wurden per Post geschickt. Sie fordern, dass die bisherigen italienischsprachigen Sender auch mit dem neuen Provider frei zur Verfügung gestellt werden. Gestern in Dornach versprach der vorgeladene InterGGA-Geschäftsführer, sich ebenfalls bei Quickline für die Petenten einzusetzen. Denn für ihn sei es ebenfalls unverständlich, dass ein Grässender den Konsumenten nicht weiterhin gratis zur Verfügung gestellt wird. Die Petenten hoffen indes, dass den Versprechungen bald auch Taten folgen. jho